

DER REGIONALRAT DÜSSELDORF

Nr. / Sitzung	58. StA	VA	PA	RR
Datum	14.09.2016			
N I E D E R S C H R I F T				
Düsseldorf, den 17. November 2016				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf,
Cecilienallee 2, Raum 500

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 11.15 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. **Formalien**
2. **Genehmigung der Niederschrift über die 57. Sitzung des Strukturausschusses am 02.03.2016**
3. **Städtebauförderung**
hier: Veröffentlichung des Städtebauförderprogramms 2016

Vorlage: 3/ 58 StA
4. **Städtebauförderung**
hier: Öffentliche Ausschreibung der REGIONALEN 2022 und 2025 in NRW

Vorlage: 4/ 58 StA
5. **Krankenhausplan 2015**
hier: Sachstandsmitteilung zu den Versorgungsgebieten 1, 3 und 4

Vorlage: 5/ 58 StA
6. **Metropolregion Rheinland**

Vorlage: 6/ 58 StA bzw. 6/ 66 RR
7. **Verschiedenes**

TOP 1: Formalien

Der stellvertretende Vorsitzende des Strukturausschusses, Herr Bedronka (SPD), eröffnet die Sitzung. Er begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den persönlichen Referenten der Regierungspräsidentin, Herrn Schürmann, und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Herr Bedronka (SPD) weist auf die als Überdruck vorliegenden Anträge der SPD-Fraktion vom 11.09.2016 und der CDU- und FDP/FW-Fraktion vom 13.09.2016 zu TOP 6 (Metropolregion Rheinland) hin, die den Fraktionsgeschäftsführern vorab per E-Mail zugegangen sind.

Der Strukturausschuss genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 57. Sitzung des Strukturausschusses am 02.03.2016

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Strukturausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig.

3. Städtebauförderung

hier: Veröffentlichung des Städtebauförderprogramms 2016

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 3/58 StA vom 02.08.2016.

Der Strukturausschuss nimmt die Vorlage zur Veröffentlichung des Städtebauförderprogramms 2016 des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW zur Kenntnis.

4. Städtebauförderung

hier: Öffentliche Ausschreibung der REGIONALEN 2022 und 2025 in NRW

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 4/58 StA vom 11.08.2016

Herr Kanschat (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet um Erläuterung der kurzen Fristsetzung für die Bewerbungen der Kommunen.

Frau Dreißigacker (Verwaltung) erwidert, ihr seien die Gründe für die kurze Fristsetzung nicht bekannt. Der Bezirksregierung sei bewusst, dass die Bewerbungsfrist für die Kommunen knapp bemessen sei. Diese Thematik werde die Bezirksregierung beim MBWSV ansprechen.

Der Strukturausschuss fasst in seiner Sitzung am 14.09.2016 einstimmig den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage StA 4/58 vom 11.08.2016:

Der Strukturausschuss nimmt die Vorlage über die Öffentliche Ausschreibung der REGIONALEN 2022 und 2025 in NRW zur Kenntnis.

5. Krankenhausplan 2015

hier: Sachstandsmitteilung zu den Versorgungsgebieten 1, 3 und 4

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 5/58 StA vom 19.08.2016.

Auf Nachfragen von Herrn Kanschat ((Bündnis 90/ Die Grünen) führt Frau Nehls (Verwaltung) aus, die Information an die Bürger über die Schließung eines Krankenhauses erfolge über die Pressestelle der Bezirksregierung oder über das MGEPA als zuständiges Ministeriums. Frau Nehls (Verwaltung) führt weiter aus, zur Gewährleistung der Patientenversorgung z.B. bei der Schließung von Abteilungen oder der Reduzierung der Bettenanzahl werde geprüft, ob die umliegenden Krankenhäuser den Bedarf auffangen könnten. Es sei bei der Patientenversorgung nicht mit Engpässen zu rechnen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Selders (CDU) erläutert Frau Nehls (Verwaltung), dass der Kreis Wesel auch zum Versorgungsgebiet 3 zähle.

Frau Köster-Flashar (Bündnis 90/ Die Grünen) hinterfragt bei laufenden Klageverfahren die rechtliche Situation. Frau Nehls (Verwaltung) verweist darauf, dass Konkurrentenklagen gegen begünstigende Feststellungsbescheide für andere Krankenhäuser keine aufschiebende Wirkung hätten. Die beklagten Bescheide könnten also trotz einer Klageerhebung umgesetzt werden.

Der Strukturausschuss nimmt die Sachstandsmitteilung zur Kenntnis.

6. Metropolregion Rheinland

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 6/58 StA und 6/66 RR vom 11.08.2016.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Bedronka (SPD) führt aus, mit E-Mail vom 08.09.2016 sei den Fraktionsgeschäftsführern eine Kopie des Schreibens der Regierungspräsidentinnen aus Düsseldorf und Köln vom selben Tage an die möglichen Gründungsmitglieder der „Metropolregion Rheinland e.V.“ zum vorliegenden Satzungsentwurf mit der Bitte zugegangen, dieses Schreiben an die Mitglieder der Fraktionen weiterzuleiten. Mit E-Mail vom 12.09.2016 wurde den Fraktionsgeschäftsführern dann der Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2016 und mit E-Mail vom 13.09.2016 der Antrag der CDU- und FDP/FW-Fraktion vom 13.09.2016 ebenfalls mit der Bitte zugesandt, diese den Mitgliedern der Fraktionen vorab zur Kenntnis zu geben. Herr Bedronka erklärt, diese Unterlagen seien heute ebenfalls Beratungsgrundlage und bittet den persönlichen Referenten der Regierungspräsidentin, Herrn Schürmann, um kurze zusätzliche Erläuterungen.

*Der Sprechzettel ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt. Die Sprachaufzeichnung finden Sie auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv der Tagesordnung der 58. Strukturausschusssitzung.*

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2016/doc/58StA_Tagesordnung/index.html

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen und stellt den Beitrag zur inhaltlichen Diskussion.

Herr Wurm (SPD) möchte eine Satzungsdiskussion vermeiden und begrüßt ausdrücklich das Angebot der beiden Regierungspräsidentinnen an die mitwirkenden Gebietskörperschaften, sich zu den Zielen und der Organisation der Metropolregion weiter einzubringen. Seine Fraktion sehe eine zukunftsorientierte Vereinsgründung und befürworte einen Beschluss des Regionalrates dahingehend, dass der auf freiwilliger Basis erfolgende Zusammenschluss in Form eines Vereins Metropolregion Rheinland begrüßt werde. Dazu solle der Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechend modifiziert werden.

Seine Fraktion halte eine Rückkopplung mit den Kommunen und Parteimitgliedern für sinnvoll, auch müsse eine Entscheidung darüber getroffen werden, wie künftig die Aufgabenwahrnehmung gestaltet werde.

Er schlägt vor, die Anträge der Fraktionen nicht zur Beschlussfassung vorzulegen, sondern als Arbeitspapiere in den Lenkungsausschuss zu geben.

Herr Papen (CDU) äußert sich grundsätzlich zustimmend zur beabsichtigten Gründung einer Metropolregion Rheinland. Seine Fraktion wolle diese durch die Zuerkennung von bestimmten Aufgaben stärken. Man müsse überlegen, welche Aufgaben künftig durch den zu gründenden Verein wahrgenommen werden könnten, auch im Wettbewerb mit der Metropolregion Ruhr, und ob zu einem späteren Zeitpunkt auch andere Rechtsformen in Frage kämen. Im Hinblick auf die Mitgliedschaft von Gebietskörperschaften sei eine klare Abgrenzung zur Metropolregion Ruhrgebiet erforderlich, da es sonst zu nicht lösbaren Interessenkonflikten kommen könne. Herr Papen (CDU) betont, dass hierin keine Ausgrenzung liege. Der Kreis Wesel und die Stadt Duisburg seien eingeladen, sich der Metropolregion Rheinland anzuschließen.

Frau Köster-Flashar (Bündnis 90/ Die Grünen) sagt, ihre Fraktion erarbeite ebenfalls an einem Vorschlag. Es bestehe aber weiterer Beratungsbedarf und eine Rückkoppelung mit den Mitgliedern ihrer Fraktion sei erforderlich.

Herr Thiel (SPD) merkt an, es werde hier über die Gründung eines Vereins gesprochen, es sei daher Vorsicht bei einem Vergleich mit der als Zweckverband verfassten Metropolregion Ruhrgebiet geboten. Es sei seines Erachtens den künftigen Vereinsmitgliedern durchaus nicht verwehrt, sich auch weiterhin in anderen Zusammenschlüssen zu engagieren. Die potentiellen Mitglieder hätten sich für die Gründung eines Vereins ausgesprochen, da diese Rechtsform am besten geeignet sei, die Metropolregion zu entwickeln.

Herr Brügge (CDU) dankt den beiden Regierungspräsidentinnen für ihr Engagement zur Gründung einer Metropolregion Rheinland. Ziel sei es, das Rheinland im regionalen und internationalen Wettbewerb voranzubringen. Nun sei genau zu definieren, welche Aufgaben der Verein konkret übernehmen solle. Auch äußert er Bedenken hinsichtlich der Vollzugsfähigkeit der im Satzungsentwurf enthaltenen Befangenheitsklausel bei Doppelmitgliedschaften. Im Namen seiner Fraktion regt Herr Brügge an, eine gemeinsame Willensbildung des Regionalrates bis zur Sitzung am 29.09.2016 anzustreben. Um den Anregungen Gewicht zu verleihen, sei es wichtig, dass sich nicht nur die Fraktionen Anregungen einbringen, sondern eine Beschlussfassung des Regionalrates erfolge.

Herr Thiel (FDP/FW) sagt, seine Fraktion unterstütze die Gründung eines Vereins, der ja eine Interessengemeinschaft darstelle. Unter diesem Gesichtspunkt hinterfragt er eine Doppelmitgliedschaft der Stadt Duisburg und des Kreises Wesel in beiden Metropolregionen. Es sei sinnvoll, diesbezüglich über einen Gaststatus nachzudenken. Herr Schiffer (FDP/FW) ergänzt, die Aufforderung im Brief der Regierungspräsidentinnen, Vorschläge zum Satzungsentwurf abzugeben, betrachte er als Verpflichtung. Er kritisiert, viele Kreistage und kommunalen Räte seien von ihren Verwaltungen nicht hinreichend informiert worden, weswegen in den kommunalen Gremien so viele Fragen existierten. Es müsse eine Satzung mit klarer Aufgabenbeschreibung geben.

Auf seine Frage, welche anderen Organisationsformen man sich vorstellen könne, antwortet Herr Schürmann (Verwaltung), es wurde sowohl über die innere als auch über die äußere Struktur diskutiert. Allen Beteiligten der Steuerungsgruppe erschien eine Vereinsform am geeignetsten, um möglichst schnell zur Gründung zu gelangen und gleichzeitig eine Form zu finden, um die inhaltliche Arbeit zu starten.

Der stellvertretende Vorsitzende begrüßt Frau Regierungspräsidentin Lütkes, die zwischenzeitlich eingetroffen ist und an der weiteren Sitzung teilnimmt.

Herr Bechstein (SPD) erinnert an den vorgesehenen Gaststatus der Regionalräte. Detailentscheidungen über die Satzung sollten den künftigen Mitgliedern überlassen bleiben. In einer gemeinsamen Beschlussempfehlung sollte sich der Regionalrat hauptsächlich darauf konzentrieren, die beabsichtigte Vereinsgründung zu begrüßen.

Frau Wolf (Deutscher Gewerkschaftsbund) bittet um redaktionelle Abänderung der Sitzungsvorlage in der Anlage 1, Seite 3 unter Punkt 4. Dort muss es richtig heißen: „Gemäß § 10 des Satzungsentwurfes sind im Vorstand vertreten:“

In der weiteren Diskussion melden sich nochmals Herr Wurm (SPD), Herr Thiel (SPD), Herr Brügge (CDU), Herr Kanschat (Bündnis 90/ Die Grünen) und Herr Papen (CDU) zu Wort.

Frau Regierungspräsidentin Lütkes erklärt, sie erachte es als sinnvoll, die geführten Diskussionen und die vorliegenden Anträge, auch wenn diese nicht beschlossen werden sollten, in die Steuerungsgruppe zu tragen. Dies wird aus den Reihen des Strukturausschusses begrüßt.

Ohne Beschlussfassung an den Regionalrat verwiesen.

TOP 7: Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der stellvertretende Vorsitzende beendet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Bedronka
(stellv. Vorsitzender des
Strukturausschusses)

Gluch
(Mitglied des
Strukturausschusses)

Sablofski
(Schriftführerin der
Geschäftsstelle des Regionalrates)

Der Regionalrat Düsseldorf

Anwesenheitsliste - Strukturausschusssitzung am 14.09.2016

Stimmberechtigte Mitglieder, sachkundige Bürger und Fraktionsgeschäftsführer

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	
Brandts, Reiner	√
Brügge, Dirk	√
Dr. Fils, Alexander	
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl-Heinz	√
Läckes, Manfred	
Müller, Michael	
Mertins, Patric	
Nordmann, Johannes	√
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	
Post, Norbert	
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	
Selders, Hannes	√
Dr. Siepman, Udo	√
Vielhaus, Ewald	
Welter, Thomas	

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	√
Edelhoff, York	
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
Münchow, Volker	
Reese, Klaus-Jürgen	
Reuter, Klaus	
Rohde, Jörn-Roland	
Sinowenka, Friederike	√
Thiel, Rainer	√
Welp, Axel C.	
Witzke, Hans-Jochem	√
Wurm, Günter	√

FDP/FW Fraktion

Name	anwesend
Gerhard, Frank	
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	
Gulan, Boris	
Küpper, Burkhard	
Laakmann, Otto	
Müller, Ulrich G.	
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	
Thiel, Carsten	√

Bündnis 90/Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	
Böttcher, Manfred	
Brücher, Bettina	
Kanschat, Andreas	√
Köster-Flashar, Martina	√
Krause, Manfred	
Patalla, Sandra	
Sickelmann, Ute	
Soll, Stephan	
Tietz, Uwe	

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

parteilos

Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerken, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas Paul	Landschaftsverband Rheinland	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungspräsidentin Lütkes (*zeitweise anwesend*)

Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann i.V. Abteilung 3/ Dezernat 32

Herr Oberregierungsbaurat Schürmann Persönlicher Referent

Frau Oberregierungsmedizinalrätin Nehls Dezernat 24

Frau Regierungsbaudirektorin Dreißigacker Dezernat 35

Frau Oberregierungsbaurätin Rockel Dezernat 35

Herr Oberregierungsrat Kießling Dezernat 32

Frau Regierungsamtfrau Sablofski Dezernat 32

Sprechzettel zum TOP 6/ 58. StA-Sitzung am 14.09.2016

Metropolregion Rheinland

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Regierungspräsidentin Lütkes hätte heute gerne persönlich zum Thema Metropolregion Rheinland gesprochen. Dies ist ihr leider auf Grund anderer Termine nicht möglich. Daher hat sie mich gebeten, kurz zu diesem Tagesordnungspunkt einzuführen.

Die Ihnen vorliegende Sitzungsvorlage enthält wesentliche Informationen zur geplanten Metropolregion Rheinland. Insbesondere zu den Zielen und einer möglichen Organisationsform.

Diese Unterlagen wurden von der Steuerungsgruppe erarbeitet und Anfang Juli den Kreisen, Kommunen und Kammern im Rheinland, also den potentiellen Mitgliedern der Metropolregion Rheinland, zur Verfügung gestellt.

Die Vorschläge haben zu einer lebhaften Debatte geführt. Die Gründung einer Metropolregion als Verein wird dabei größtenteils positiv gesehen. Es gibt aber offenkundig in den zuständigen Gremien noch weiteren Beratungsbedarf.

Die bisher an uns herangetragenen Bedenken betreffen insbesondere die konkrete Organisation sowie die Partizipation der Fraktionen vor Ort an Entscheidungen des Vereins. Ebenso zeigen die bisherigen Rückmeldungen, dass die konkreten Vorteile einer Metropolregion noch deutlicher herausgestellt werden müssen.

Damit die politischen Vertreter genügend Zeit und Gelegenheit erhalten die Vorlagen ausführlich zu beraten sowie Anregungen und Änderungsvorschläge zu formulieren, wurde von der Steuerungsgruppe beschlossen, dass der den Unterlagen zu entnehmende Zeitplan angepasst werden muss.

In einem gemeinsamen Schreiben der Regierungspräsidentinnen aus Köln und Düsseldorf an alle potentiellen Gründungsmitglieder der Metropolregion Rheinland wurde daher noch einmal deutlich gemacht, dass der vorliegende Entwurfsstand keine endgültige Beschlussvorlage sein soll, auf deren Basis über den Beitritt zu beschließen ist. Vielmehr werden alle Gremien explizit gebeten, Anregungen und Änderungsvorschläge zum vorliegenden Satzungsentwurf zu formulieren. Die Steuerungsgruppe wird danach die vorliegenden Rückmeldungen beraten und den Satzungsentwurf entsprechend überarbeiten. Dieser wird dann in einer weiteren Vollversammlung voraussichtlich im Herbst allen möglichen Gründungsmitgliedern vorgestellt. Im Anschluss müssen dann die Räte und Kreistage der möglichen Gründungsmitglieder über den überarbeiteten Satzungsentwurf beraten und dann abschließend über den Beitritt zum Verein abstimmen. Eine Vereinsgründung könnte dann zu Beginn des Jahres 2017 angestrebt werden.

Frau Lütkes ist es sehr wichtig noch einmal zu betonen, dass eine umfassende Diskussion des vorliegenden Entwurfes sowie Anregungen und Änderungswünsche ausdrücklich erwünscht sind!

Um Ihnen allen dafür ausreichend Zeit einzuräumen, regen wir daher an die vorgesehene Beratungsfolge anzupassen und den vorgeschlagenen Beschluss nicht schon am 29.09.2016 im Regionalrat zu treffen sondern den Tagesordnungspunkt in die nachfolgende Regionalratssitzung im Dezember zu verschieben. Dann könnte auf Grundlage des überarbeiteten Satzungsentwurfes entschieden werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.